



Keine Meinungsprüfung durchs Ministerium!

Das Netzwerk Nachhaltige Wissenschaft zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit

Wissenschaftsfreiheit ist ein prekäres Gut – und wissenschaftliche Debatten tragen das Risiko in sich, von politischen Interessen vereinnahmt zu werden. Um so wichtiger ist es, für die offene und egalitäre Gestaltung von Diskussionen zu sorgen. Dass nun ausgerechnet die liberale Bundesministerin für Bildung und Forschung eine massive Einschränkung dieser Freiheiten betreibt, hätte man vor ein paar Wochen wohl noch nicht für möglich gehalten. Aber viel ist in Bewegung geraten, seit Anfang Mai ein Offener Brief an den Berliner Hochschulen zirkulierte. In diesem Brief sprachen knapp 400 Lehrende den Studierenden, die sich mit Camps und Besetzungen gegen den Gaza-Krieg wandten, ein „Recht auf friedlichen Protest“ zu.¹ Der Brief unterstützte ausdrücklich nicht alle Ansichten und Aktionsformen der Protestierenden, sondern setzte sich für Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung ein. Die Unterzeichnenden wurden daraufhin von Ministerin Stark-Watzinger in der *Bild*-Zeitung mit scharfen Worten verurteilt; sie bezweifelte, dass die Berliner Hochschullehrenden „auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“.² Ein mit steckbriefartigen Fotos versehener Bericht und Kommentar der *Bild*-Zeitung stellte in der Folge die Unterzeichnenden als „Menschen, [...] die kein Problem mit Judenhass und Gewaltaufrufen haben“, an den Pranger,³ ohne dass die Ministerin sich von der Boulevard-Kampagne distanzierte oder ihre Kritik relativierte. Nun wurde durch Recherchen des ARD-Magazins *Panorama* bekannt, dass einige Tage nach diesen Entwicklungen im Ministerium die Weisung erging, den Offenen Brief nach strafrechtlich relevanten Inhalte zu durchsuchen und zu prüfen, ob die Unterzeichnenden durch einen Entzug bereits bewilligter staatlicher Fördermittel sanktioniert werden könnten.⁴

Derartige Maßnahmen bedrohen die Freiheit der Wissenschaft in Deutschland. Sie befördern durch die erkennbare Absicht, oppositionelle Stimmen zu sanktionieren, ein Klima der Angst. Dabei bedienen sie sich auch der verbreiteten beruflichen Unsicherheit an den Hochschulen, namentlich der ungesicherten Situation von Projektbeschäftigten. Die im Koalitionsvertrag festgehaltene Absicht, diese Unsicherheit abzubauen und ihre gesetzlichen Grundlagen zu korrigieren, hat die Ministerin bisher auffällig vernachlässigt. Auch wenn der Vorstoß folgenlos blieb, zeigt das bloße Ansinnen, wie wenig die Hochschulpolitik in unserem Land derzeit den Prinzipien der freien und offenen Auseinandersetzung verpflichtet ist. Dass die Bewilligung von Fördermitteln hier als mögliches Instrument der Sanktionierung in den Blick genommen wird, gibt großen Anlass zur Besorgnis. Dieses Ministerium hat ganz offensichtlich nicht die Interessen der Wissenschaft im Sinn.

Für das Netzwerk Nachhaltige Wissenschaft: Prof. Dr. Christina Hölzel, Prof. Dr. Ruth Mayer, Prof. Dr. Tilman Reitz

Nachweise: ¹ https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfVy2D5Xy_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zJJK-zEI9t1LWw/viewform; ² <https://www.bild.de/politik/inland/regierung-fassungslos-uni-skandal-eskaliert-663b6def27e1b86288b11fc5>; ³ <https://www.bild.de/politik/inland/kommentar-das-ist-ein-dammbruch-663d2623bf4af44b3449e5f5>; ⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/kommentar-das-ist-ein-dammbruch-663d2623bf4af44b3449e5f5>.